

Frédéric Vandenberghe

Demokratur in Brasilien. Versuch einer Lehre vom Systemzusammenbruch

Ich arbeite seit 2003 in Brasilien, aber ich arbeite nicht über Brasilien, und ich bin gewiss kein Experte für Brasilien.¹ Ich arbeite über Gesellschaftstheorien europäischen (französischen, deutschen und angelsächsischen) Ursprungs, und indem ich sie mit einem ihnen äußerlichen Kontext wie Brasilien konfrontiere, unterziehe ich sie einer kontrollierten Zerstörung, die ihre konzeptuellen Voraussetzungen offenlegt. Ich nehme sie auseinander und setze sie wieder zusammen. In meiner Bereitschaft, sie zu verdrehen und zu verkehren, versuche ich nicht so sehr, die Theorien zu »deprovinzialisieren«, als sie zu »reprovinzialisieren«. In der hohen Theorie ist, wie in der Haute Couture, Maßarbeit gefordert.

Lévi-Strauss hat die entsprechende Erfahrung gemacht. Brasilien ist »gut für's Denken«. Es macht unsere Theorien zunichte und fordert das Verstehen heraus. Die sozialen, kulturellen und politischen Transformationen vollziehen sich dort schneller und schroffer als anderswo. »In 20 Minuten kann alles anders sein«, so der Slogan des Radiosenders BandNews. Seit 2013 befindet sich Brasilien in einer von Turbulenzen geprägten Phase. Der lange Zyklus des demokratischen Übergangs, der neuen Verfassung von 1988 und der demokratischen Konsolidierung ist mit dem durch Medien und Parlament inszenierten Staatsstreich von 2016, durch den die gewählte Präsidentin Dilma Rousseff abgesetzt wurde, an sein Ende gelangt. Die Präsidentschaftswahlen von 2018, die Jair Messias Bolsonaro, einen Kandidaten der extremen Rechten, an die Macht brachten, haben den Niedergang des Landes beschleunigt. Das Aufkommen der Pandemie in Brasilien hat die Instabilität und Unsicherheit noch weiter radikalisiert. Von nun an kann alles passieren – das Schlimmste eingeschlossen.

Die Situation ist »im Fluss«,² um nicht zu sagen unbeständig und explosiv. In wenigen Jahren hat sich das tropische Paradies in eine Hölle verwandelt. Das Land, das noch vor Kurzem Leuchtturm und Hoffnung für die weltweite Linke war, ist zu einem »Schurkenstaat« geworden – näher an Russland, Indien und Venezuela als an Ungarn oder Polen, mit den Vereinigten Staaten in der Mitte des

1 Eine erste Version dieses Textes wurde im Februar 2020 in der Forschungsgruppe zum zeitgenössischen Brasilien (GRBC) an der École des Hautes Études en Sciences Sociales in Paris vorgestellt. Ich greife in systematisierter Form Analysen auf, die ich zwischen 2017 und 2020 in der französischen Tageszeitung *Libération* und auf der Website von AOC Média veröffentlicht habe. Auf französischer Seite danke ich Afrânio Garcia für seine Einladung und Luc Boltanski für seinen Kommentar; auf deutscher Seite danke ich herzlich Hans-Peter Müller und Claudia Czington für ihre Unterstützung.

2 Dobry 1992.

populistischen Kontinuums. Während die anderen Länder ein Jahrzehnt oder mehr benötigten, um dorthin zu gelangen, wo sie jetzt sind, hat Brasilien das mit seinem Präsidialsystem nach amerikanischem Vorbild im Sturmschritt bewältigt. In größter Geschwindigkeit erfolgte der Übergang von der Bedrohung durch den Populismus zum Autoritarismus. Offiziell sind wir immer noch eine Demokratie. Die schleichende Demontage des Rechtsstaates und die unaufhörlichen Angriffe auf die zwischengeschalteten Institutionen (Oberstes Bundesgericht, Nationalkongress und Presse) rücken uns allerdings in die Nähe einer »Demokratie«. Die Pandemie und der offizielle Corona-Skeptizismus haben den Autoritarismus offenkundig werden lassen und sogar noch bestärkt – und das in einem solchen Maße, dass zum Zeitpunkt der Niederschrift nicht einmal die Möglichkeit einer Schließung des Nationalkongresses und des Obersten Bundesgerichts, die Rückkehr zur Diktatur und sogar der Beginn eines Bürgerkriegs ausgeschlossen werden können.

Um zu verstehen, wie Brasilien dorthin gelangt ist, werde ich als erstes eine Chronik der markanten Ereignisse vorlegen, die die Neue Republik an ihr Ende gebracht haben (1). Sodann werde ich die Habermas'sche Analyse der Legitimationskrise aufgreifen und aktualisieren, um zu zeigen, wie sich die Störung vom System in die Lebenswelt ausgebreitet hat (2). Indem ich mir den Slogan der Akteur-Netzwerk-Theorie zu Eigen mache – »Folge den Akteuren«³ –, werde ich den Krisen in ihrer zeitlichen Entwicklung folgen: von der ökonomischen und politischen Krise unter der zweiten Regierung von Dilma Rousseff (2015–2016) über die institutionelle und Sicherheitskrise unter der Interimsregierung von Michel Temer (2016–2018) bis zur Hyperkrise unter der Regierung von Jair Bolsonaro (2019–2020). Die Anwendung eines europäischen Analysemodells im Kontext einer haltlos dahintreibenden Post-Kolonie deckt nicht so sehr die konzeptuellen Grenzen einer demokratischen Theorie auf, sondern ermöglicht uns im Gegenteil, den Ernst der Lage zu ermessen. Mangels eines moralischen und politischen Fortschritts in Richtung demokratischer Sozialismus droht uns ein organisierter Rückfall in Richtung eines exzentrischen Neofaschismus.

1. Das Ende der Neuen Republik

Indes, seit der Rückkehr zur Demokratie 1988 und dem Sieg des Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva (gemeinhin bekannt als »Lula«) 2002 war Brasilien rasch von einem Land der Dritten Welt zu einem aufstrebenden Land an vorderster Front der BRIC-Staaten (die sich im Übrigen allesamt in autoritär regierte Staaten verwandelt haben) übergegangen. Die Demokratie schien stabil, die Wirtschaft florierend, das Volk ruhig.⁴ Mit der Vollbeschäftigung erlebte das Land seine wirtschaftlich erfolgreichsten Jahre. Die Entdeckung von Ölreserven war die Gewährleistung dafür, dass das von Dauer sein konnte. In Lateinamerika hatte die

3 Latour 1987.

4 Vidal 2016.

Linke die Vorherrschaft inne. Während die Nachbarländer für die Bolivarische Revolution optierten, hatte die brasilianische Arbeiterpartei (PT) den Weg der Sozialdemokratie und eines »schwachen Reformismus« gewählt.⁵ Mit der Ausrottung des extremen Elends – 20 Millionen Menschen wurden aus der Armut geholt – ging das Programm *Fome Zero* (Null Hunger) Schritt für Schritt über in die *Bolsa Família* (Familienbeihilfe), die wegweisende Politik einer Hilfe für Arme. Die Umverteilungspolitiken verminderten die Ungleichheiten, und eine neue Mittelklasse trat in Erscheinung. Die neodevelopmentalistische Politik kombinierte die wirtschaftliche Regulierung mit einem Staatskapitalismus, der das Wachstum durch Konsum und Kredit (und folglich auch durch Schulden) zu stimulieren und das Volk durch eine die Wahlen aufwertende Politik in die Gesellschaft einzubinden suchte. Die Menschen- und Bürgerrechte sowie die Rechte der Minderheiten (Schwarze, Frauen, LGBT und indigene Völker) wurden in einem solchen Maße öffentlich politisch gestärkt, dass Kritiker von links darin gar eine Vereinnahmung der sozialen Bewegungen durch die Regierung sahen. Das Weltsozialforum von Porto Alegre, die Haushaltsmittel zur Förderung der Partizipation und die nationalen Konferenzen zeigten ein Land in einer radikal demokratischen und das ganze Volk erfassenden Bewegung.

Doch dann geriet das System ziemlich plötzlich in Unordnung.⁶ 2013 wurde das Land von Massendemonstrationen erschüttert.⁷ Die Jungen erlebten eine »unmögliche Revolution«. Die »Tage des Juni«, die mit einem durch progressive Gruppen organisierten Protest gegen die Erhöhung der Busticketpreise begonnen hatten, entzweiten die Linke. Der Konflikt war stark von generationstypischen Momenten geprägt: zum einen die Jungen, die anarcho-kommunistische Positionen vertraten (darin inbegriffen die »Schwarzen Blöcke«), zum anderen die Alten, die auf traditionellen, stärker der Arbeiterpartei (PT) nahen Positionen beharrten. Nach und nach wurden die Proteste von der Rechten vereinnahmt. Wie auch andernorts schlug der Brasilianische Frühling in einen rauen Winter um.

Während die Rechte seit dem Staatsstreich von 1964 nicht mehr auf die Straßen gegangen war, hat sie diese seit 2013 mit einem durchschlagenden Mobilisierungsvermögen nicht mehr verlassen. Millionen gewöhnlicher Menschen, die mit dem offiziellen Trikot der Fußballnationalmannschaft bekleidet waren und die schöne grüngelbe Fahne schwenkten, kamen in den Straßen zusammen, um die Nationalhymne zu singen. Die Wahlen von 2014 brachten die Präsidentin Dilma Rousseff wieder an die Macht, doch wurden die Ergebnisse durch ihren Kontrahenten Aécio Neves, einem schlechten Verlierer, zudem offenkundig korrupt, angefochten, worin sich eine Radikalisierung der liberalen Rechten und eine »Amerikani-

5 Singer 2012.

6 Seit 2013 wächst die Zahl der »Situationsanalysen« rasch an – siehe unter anderem Avritzer 2016; Avritzer 2019; Safatle 2017; Santos 2017; Singer 2018; Souza 2016; Souza 2017; sowie die Sammlungen von Artikeln in Botelho, Starling 2017; Abranches et al. 2019; Klem et al. 2020.

7 Maricato et al. 2013.

sierung der Opposition« zeigte.⁸ Die Fußballweltmeisterschaft 2014 brachte nichts ein und endete im Übrigen in einer demütigenden 1:7-Niederlage der Nationalmannschaft gegen Deutschland.

Die Rechte, die durch die Aufdeckung von Korruptionsfällen in Serie bei der Petrobras und den führenden Bauunternehmen Brasiliens von allen hemmenden Motiven befreit und von liberal-libertären, konservativ-reaktionären und nationalistisch-militaristischen Gruppen der außerparlamentarischen Opposition mobilisiert wurde, übernahm die Straßen, um gegen die Korruption zu protestieren. Gegenüber der »Bande von Dieben«, die an der Macht seien, schrie sie ihre Unterstützung für den Richter Sérgio Moro heraus. Die *Subprime*-Krise, die in den Vereinigten Staaten und Europa gewütet, Brasilien aber zunächst ausgespart hatte, schlug 2015 umso heftiger zu. 2016 wurde die Präsidentin Dilma Rousseff in einem trostlosen und erbärmlichen Schauspiel nicht wegen finanzieller Unterschlagungen, sondern wegen eines Fiskalmanövers abgesetzt, das sämtliche früheren Staatschefs gleichermaßen praktiziert hatten. Die Linke sah darin einen Staatsstreich,⁹ während die Rechte darauf beharrte, dass alles unter Beachtung des Wortlauts, wenn nicht gar des Geistes der Verfassung geschehe. Ihr Vize Michel Temer übernahm die Präsidentschaft. Die »Neue Republik« (1988–2016) stand vor ihrem Ende.

Kaum dass die Olympischen Spiele beendet waren, richtete sich das Land in einer dauerhaften und umfänglichen Krise ein, aus der es nicht mehr herauskommen sollte. Das System wurde instabil. 2018 wurde Präsident Lula, der Favorit unter den Kandidaten bei den Präsidentschaftswahlen, ins Gefängnis geschickt. Im Oktober wurde Jair Bolsonaro, ein bis dahin unbedeutender Kongressabgeordneter der extremen Rechten, der für seine maßlosen Äußerungen bekannt war, im zweiten Wahlgang mit 58 Millionen Stimmen, das sind 55 Prozent der gültigen Stimmen, gewählt. Das hatte niemand vorhergesehen. Die ökonomischen Eliten, die politischen Parteien von rechts, die Medien und die Evangelikalen hatten sich in eine Kampagne gegen die Arbeiterpartei gestürzt, doch mit dem Wahlergebnis verloren sie die Kontrolle über einen Prozess, den sie selbst initiiert hatten.

Am 1. Januar 2019 übernahm Jair Bolsonaro die Macht. Er besetzte Positionen in seinem Umfeld mit Angehörigen des Militärs und begann damit, die Versprechen seiner politischen Kampagne auszuführen: das existierende System zu zerstören, die Kommunisten zu verjagen, das Volk zu bewaffnen, die moralischen Werte von Familie und Vaterland zu verteidigen, den Staat zu entbürokratisieren und die Wirtschaft zu liberalisieren, all das im Namen Gottes. Die konservative Revolution schreitet voran, und wie auch früher schon tut sie dies durch die Radikalisierung und die Polarisierung der Geister. Bolsonaro sucht nicht den Konsens, sondern die permanente Konfrontation. Er verweigert jede Übereinkunft und jeden Kompromiss. Er hat keine Gegner, er hat nur Feinde. Wenn er zurückweicht, so nur, um besser angreifen zu können. Er provoziert ohne Unterlass und erzeugt eine Krise nach der anderen.

8 Avritzer 2016, S. 113.

9 Jinkings et al. 2016.

Ideologen sind an der Macht. Die Minister für Umwelt, für Erziehung, für Menschenrechte und für auswärtige Angelegenheiten sind Aktivisten und Provokateure, die man in Anzüge gesteckt hat und die Olavo de Carvalho nahestehen, dem brasilianischen Steve Bannon. Bolsonaros drei Söhne, die genauso wie er faschistische Unruhestifter sind, übernehmen wichtige politische Posten (sprich: Stadtrat, Abgeordneter und Senator) und haben offenkundige Verbindungen zu paramilitärischen Milizen. Sie stacheln über das Internet faschistische Brigaden an, verbreiten Hass und befeuern die Revolte gegen alles, was die Macht der Exekutive begrenzt. Die Krise ist so ernst, dass sie eine internationale Dimension annimmt – zuerst mit den Bränden des Amazonasurwalds, dann mit der Pandemie. Bolsonaro leugnet mitten in der Gesundheitskrise die Gefährlichkeit des Corona-Virus, sabotiert aktiv den Lockdown und säht den Tod. Wie in einem Horrorfilm erlebt Brasilien gegenwärtig eine Wirklichkeit gewordene Dystopie. Der einzige Fluchtweg ist nunmehr der über den Flughafen.

2. Legitimationskrise in der Postkolonie

Mit ein wenig Distanz zu diesen markanten Ereignissen des brasilianischen politischen Zeitgeschehens (der Revolte von 2013, der Absetzung der Präsidentin Dilma Rousseff 2016 und der Wahl von Jair Bolsonaro 2018) werde ich jetzt versuchen, die Analyse der gegenwärtigen Situation in eine Theorie der Krisen des Systems zu integrieren. Ich werde zu diesem Zweck die Analyse aufgreifen, die Jürgen Habermas 1973 in seinem Werk über die *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus* vorgelegt hat. Selbstverständlich hat sich der große Philosoph seinerzeit kaum das Aufkommen des Neoliberalismus und noch weniger die Pathologien der populistischen Gegendemokratien in den Postkolonien in Zeiten der Pandemie vorstellen können. Ohne in eine stärker technische Erörterung der Aktualität und der Grenzen des Modells des jungen Habermas einzutreten,¹⁰ werde ich es frei verwenden, um die Abfolge der Krisen in Brasilien nachzuzeichnen und zu zeigen, wie sie sich nach und nach vom System in die Lebenswelt verschoben haben. Ich werde dem zeitlichen Ablauf der Krisen (ökonomische, politische, institutionelle, Sicherheits-, ökologische, Gesundheits- und militärische Krise) folgen, die zusammen einen »perfekten Sturm« konfigurieren.

a) *Ökonomische Krise*

Bis 2015 war Brasilien den Auswirkungen der Finanzkrise von 2007–2008 entgangen. Infolge des Verfalls der Preise für Rohstoffe und für das Barrel Öl geriet das Land dennoch in die längste und tiefste ökonomische Rezession seiner Geschichte. Angesichts des plötzlichen Konjunktüreintruchs und als Antwort auf den »Investitionsstreik« der Industriemagnaten und den Druck der Märkte gab die Präsidentin Dilma Rousseff die developmentalistische Politik auf, die sie während ihres zweiten Mandats zu verfolgen versprochen hatte, um eine liberalere

¹⁰ Brunkhorst 2012; Streeck 2013; Fraser 2015.

Politik zu implementieren.¹¹ Es hat nicht funktioniert, und das umso weniger, als die Anklageerhebung gegen die größten Firmen (Petrobras, aber auch Bauunternehmen wie Odebrecht und OAS) wegen Korruption die Fundamente der Ökonomie zu erschüttern begann.

Nach der Absetzung von Dilma Rousseff setzte die Regierung Temer eine radikale neoliberale Politik durch. Ohne Unterstützung der Bevölkerung und im Verdacht stehend, Unterschlagungen begangen zu haben, suchte der Interimspräsident die Unterstützung der Märkte und regierte nicht nur ohne, sondern auch gegen das Volk. So ließ er die Austerität in die Verfassung schreiben – mit automatischen Obergrenzen für die Ausgaben für Erziehung und Gesundheit für die nächsten 20 Jahre! Es gelang ihm zudem, eine Arbeitsreform durchzubringen, die das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit vollständig zum Vorteil des Kapitals veränderte, indem er die Mitglieder der Legislative für ihr Votum finanziell belohnte. Das Arbeitsgesetz gestattet die ausnahmslose Vergabe sämtlicher Tätigkeiten an Subunternehmen, schafft den obligatorischen Gewerkschaftsbeitrag ab, erleichtert Entlassungen, dehnt die irreguläre Beschäftigung auf alle Sektoren aus, zwingt die Arbeiter zur Übernahme der Anwaltskosten ihres Arbeitgebers, wenn sie ihre Sache vor Gericht verlieren usw.

Mit der Ernennung von Paulo Guedes – einem Chicago Boy, der in Chile während der Pinochet-Diktatur gelehrt hatte – zum Kopf des »Superministeriums« für Wirtschaft (welches die Ministerien für Planung, Industrie und Handel vereint) setzt die Regierung Bolsonaro nicht nur die neoliberale Politik der Regierung Temer fort. Sie zeigt den Märkten deutlich an, dass sie eine Politik ununterbrochener Privatisierungen und erbarmungsloser Einsparungen verfolgen wird. Sämtliche Staatsunternehmen, darunter die »Juwelen« der Republik, insbesondere Petrobras, das viertgrößte Unternehmen der Welt, werden für ausländisches Kapital geöffnet und an die Meistbietenden verkauft. Durch die Nutzung der ökonomischen Krise als machtvollen Hebel zur »administrativen Dekonstruktion des Staates« (Bannon) wird das Defizit des Staatshaushalts zu einer echten politischen Waffe.

Die Radikalität der Reformen, der vergangenen (Rente) und der angekündigten (Verwaltung und Steuer), deutet meines Erachtens darauf hin, dass man den klassischen Neoliberalismus bereits hinter sich gelassen hat. Während – wenn man Wendy Brown Glauben schenken kann¹² – der »amerikanische Albtraum« Neokonservatismus und Neoliberalismus kombiniert, verbindet der brasilianische Albtraum Theokonservatismus und Anarchokapitalismus in einer konservativen Revolution, die darauf abzielt, die soziale Demokratie zu beenden. Der Hass auf die sozialen Errungenschaften und die zur Schau gestellte Verachtung der Demokratie offenbaren einen Hauch von Nihilismus, der sich direkt aus dem Anarchokapitalismus ergibt. In dieser Sichtweise, die man in aller Klarheit bei Nick Land wiederfindet,¹³ jenem englischen Deleuzianer, der im Eiltempo vom Akzeleratio-

11 Singer 2018.

12 Brown 2016.

13 Land 2012.

nismus zum Faschismus der *Alt-Right*-Bewegung übergegangen ist, sind Kapitalismus und Demokratie unvereinbar. Man muss eine Wahl treffen. Sieht man die Demokratie als ein degeneratives System von Erpressung und Ausplünderung an, das, anstatt die vitalen Kräfte vor den Schwachen zu schützen, die Schwachen vor den Starken schützt, so hat sie keinen Wert an sich. Also kann man sie auch abschaffen. Weniger Demokratie, weniger Umverteilung und mehr Wachstum, so lautet die Erfolgsformel.

b) Politische Krise

Die ökonomische Krise hat sich aus dem ökonomischen System ins politische System verschoben, das seinerseits die ökonomische Krise verschärft hat. Die Einleitung eines als »Operação Lava Jato« (Operation Autowäsche) bezeichneten und durch den Richter Sérgio Moro geleiteten Ermittlungsverfahrens deckte eine Reihe von Korruptionsskandalen auf und rückte einen weit ausgreifenden kriminellen Mechanismus im Herzen des brasilianischen Staates ins Licht.

Die selektive Empörung der Medien lenkte den Verdacht auf die Arbeiterpartei.¹⁴ In den Demonstrationen der Rechten wurden riesige Puppen von Lula in Sträflingskleidung zur Schau getragen. Der Richter Moro, der Lula verfolgt und verurteilt hatte, wurde zu einem Volkshelden. In Brasilien ist die Korruption der Eliten historisch und systematisch die Regel.¹⁵ Sie betrifft alle politischen Parteien auf allen Ebenen. Von der illegalen Finanzierung von Wahlkampagnen bis zur persönlichen Bereicherung der Politiker – mit geheimen Bankkonten in der Schweiz, mit Aktenkoffern, vollgestopft mit Banknoten und Beuteln voller Diamanten – hat man alles schon gesehen. Persönlichkeiten ersten Ranges, insbesondere Präsidenten der Republik, Präsidenten des Senats und der Abgeordnetenkammer, Minister und Gouverneure des Staates, sind wegen Unterschlagungen jeglicher Art verurteilt oder angeklagt worden. Alles weist darauf hin, dass die Absetzung der Präsidentin Dilma Rousseff ihren Beweggrund darin hatte, »den Aderlass« der politischen Klasse und die juristische Verfolgung ihrer führenden Kräfte zu stoppen.

Die Regierung von Michel Temer, der auf Dilma Rousseff folgte, war besonders mafiös. Dass Temer durch eine kompromittierende Aufzeichnung dabei ertappt wurde, wie er dem Führer eines multinationalen Fleischkonzerns seine Unterstützung gewährt, das Schweigen des Expräsidenten der Abgeordnetenkammer, Eduardo Cunha, zu erkaufen,¹⁶ schwächte seine Regierung von Beginn an. Als sein Mandat endete, wurde er festgenommen, dann wieder freigelassen. Seine Verurteilung steht noch aus. Schätzungsweise fast die Hälfte der Senatoren und Abgeordneten war unter seiner Regentschaft in Korruptionsaffären verwickelt.

14 Souza 2016; Grün 2018.

15 Avritzer et al. 2008.

16 Eduardo Cunha saß zu diesem Zeitpunkt im Zusammenhang mit der Affäre um den staatlichen Ölkonzern Petrobras wegen Bestechlichkeit in Haft (Anmerkung der Redaktion).

Eben in diesem Kontext einer zugespitzten Legitimationskrise ist der rasend schnelle Aufstieg von Jair Messias Bolsonaro zu verstehen. Wie bei sämtlichen Bewegungen von extrem rechts, die ihm vorausgegangen waren, überzeugten die Denunziation der Korruption und das Versprechen, »mit all dem Schluss zu machen«, einen Teil seiner Wählerschaft. Im Namen eines Kampfes gegen die am System nagende Korruption die Demokratie zu zerstören, ist unter den populistischen Führern ein Klassiker. Wie alle Regierungen von extrem rechts praktiziert und stimuliert die Regierung Bolsonaro die Korruption und verleugnet sie gleichzeitig. So gelingt es einem seiner Söhne, Flavio, der von seinem Vater protegiert wird, nicht, der Legislativversammlung von Rio de Janeiro die fiktiven Beschäftigungsverhältnisse und auch nicht die Weiterleitung der damit zusammenhängenden Löhne, unter anderem auf das Konto der First Lady Brasiliens, zu erklären. Seine Investitionen in Wohnungen, die illegal durch die Milizen in den Vorstädten von Rio de Janeiro errichtet wurden, sind suspekt.

Hatte Bolsonaro sich zuvor noch von der Popularitätswelle der »Operação Lava Jato« mitreißen lassen, so unterstellt er nun die Instanzen zur Kontrolle der Korruption (die Staatsanwaltschaft, die Landespolizei und die Finanzstaatsanwaltschaft usw.) seiner Befehlsgewalt. Der Rücktritt von Sérgio Moro, Lulas ehemaliger Richter und Racheengel in einer Person, der unter Bolsonaro Justizminister geworden war, zeigt, dass der Kampf gegen die Korruption nur Wahlkampfrhetorik war. In den Verhandlungen mit dem Großen Zentrum, einem Konglomerat, gebildet aus den »physiologisch«¹⁷ genannten kleinen Parteien, die ohne ideologisches Programm sind, aber stets bereit, sich zu verkaufen, wird die alte Eine-Hand-wäscht-die-andere-Politik mit neuen Mitteln fortgesetzt. Mit der Verteilung wichtiger Posten als Pfründe, damit sie ihn im Falle eines Amtsenthebungsverfahrens unterstützen, erneuert sich in einem autoritären Kontext die Macht der großen Vermögen an ihrem unteren Ende.

c) Institutionelle Krise

Mit Bolsonaro sind wir in großer Geschwindigkeit vom Populismus zum Autoritarismus übergegangen. Man braucht nur die populärsten Bücher über den Populismus zu lesen, um zu sehen, dass Brasilien (mit Ausnahme des ökonomischen Protektionismus) sämtliche Kriterien erfüllt. Man bekommt im Übrigen den Eindruck, dass die Rechte sie gleichfalls gelesen hat, nur eben als ein Lehrbuch für die Destabilisierung der liberalen Demokratie.

In *Wie Demokratien sterben* beschreiben Steven Levitsky und Daniel Ziblatt¹⁸ die abschüssige Bahn des Autoritarismus: Ablehnung der elementaren Regeln von Demokratie und Rechtsstaat, Verwandlung der Gegner in Feinde, Einschüchterung der Presse, Ermutigung zur Gewalt und Verbindungen zu paramilitärischen

17 Man unterscheidet in der brasilianischen Parteienlandschaft drei Typen von Politikern: Den »ideológicos« und den »autênticos« stehen die »fisiológicos« gegenüber, die, weil nicht ideologisch gebunden, als opportunistisch und empfänglich für finanzielle Vorteile gelten (Anmerkung des Übersetzers).

18 Siehe Levitsky, Ziblatt 2018.

Milizen. Sämtliche Grundzüge lassen sich an Brasilien beobachten. Der Präsident stellt die Demokratie als Prinzip des politischen Handelns infrage, »zu langsam für die gewollte Transformation«, wie sein Sohn sagt, womit er anklingen lässt, dass ein Staatsstreich die Sache regeln würde. Bolsonaro missbraucht seine Exekutivmacht in einer Unmenge von Dekreten. Indem er künstlich eine Opposition gegen seine eigene Regierung erschafft, ermuntert er seine Gefolgsleute, gegen das Oberste Bundesgericht und den Kongress zu protestieren. Im Namen eines Kampfes gegen die *fake news*, die er doch selbst ungeniert praktiziert, entzieht er der Presse die Subventionen. Seine Regierung schreckt nicht länger davor zurück, alles mit Zensur zu belegen, was seinem Bild von Familie und Sittlichkeit zuwider ist. Die endlosen Provokationen Bolsonaros, seiner Söhne und seiner Minister suchen den Rechtsstaat zu destabilisieren und das Chaos als neue Normalität zu installieren. Wie der Präsident sagte: »Man muss alles zerstören, was geschaffen wurde, bevor man aufbauen kann.«

Entgegen den Beteuerungen der Parteien des Zentrums sind die brasilianischen Institutionen nicht gefestigt. Bis zum Aufkommen der Pandemie haben das Oberste Bundesgericht, der Kongress und die Presse nichts getan, um dem Zulauf zu den extrem Rechten Einhalt zu gebieten. Schon vor den Wahlen betrieb Toffoli, der Präsident des Obersten Bundesgerichts, Geschichtsklitterung, als er von der »64er Bewegung« sprach und damit den damaligen Staatsstreich meinte. Als der bereits gewählte Bolsonaro kurze Zeit später eine Gedenkfeier für die Diktatur einforderte, schritt das Gericht nicht ein. Wenn er mitten im Karneval auf Facebook ein obszönes Video verbreitet oder mit direkter sexueller Anspielung eine Journalistin beleidigt, wird er mitnichten wegen Verletzung des Anstands angeklagt. Wenn er, wie ein Faschist das tut, lügt und Maßnahmen ergreift, die gegen die Verfassung verstoßen, wird er nicht wegen eines Amtsvergehens zur Rechenschaft gezogen. Wenn einer seiner Söhne und der Wirtschaftsminister Paulo Guedes für den Fall von Aufständen eine mögliche Rückkehr zur Diktatur (mittels eines neuen »Ato Institucional Número Cinco«¹⁹) androhen, protestiert der Kongress zwar, zieht aber mitnichten eine klare Grenzlinie. Als Bolsonaro mitten in der Corona-Krise von der Rampe des Präsidentenpalasts steigt, um die von ihm zusammengerufenen Putschisten zu begrüßen, protestiert das Parlament nochmals nachdrücklich, verhängt aber keine formelle Sanktion. Durch eine Normalisierung des Anormalen, der Anomie und des Animalischen bewegt man sich allmählich auf den Verfassungsbruch zu.

Die Presse wiederum macht ihre Arbeit, aber sie ist in der Defensive. Wie Trump bezeichnet Bolsonaro die Presse als Feind des Volkes (vor allem, wenn sie gegen seine Familie stichelt) und bedroht sie direkt (indem er die staatlichen Subventionen kappt). Wie Trump greift er die Journalisten an und inszeniert sich in halb-improvisierten Liveübertragungen auf Facebook. Als nun Lula aus dem

19 Mit dem »Ato Institucional Número Cinco«, dem »Gesetzgebenden Erlass Nummer 5« vom 13. Dezember 1968, setzte die damalige Militärregierung Brasiliens die verfassungsmäßigen Grund- und Bürgerrechte für die Dauer von zehn Jahren außer Kraft (Anmerkung des Übersetzters).

Gefängnis freigelassen wurde, ließ die gesamte Presse sofort wieder ihre feindselige Einstellung gegen die Arbeiterpartei aufleben. Würde es morgen Wahlen geben, wäre es trotz des schwindelerregenden Popularitätsverlusts der Regierung sehr wahrscheinlich, dass Moro, Doria, Witzel oder ein anderer Kandidat der harten Linie gewählt würde. Ohnehin kommt man aus dem Populismus nur auf zwei Wegen heraus – entweder indem man im Autoritarismus versinkt (Türkei, Indien) oder indem man zur Normalität zurückkehrt (die Vereinigten Staaten?). In Brasilien ist die Demokratie in Gefahr.

d) Sicherheitskrise

Die Herzlichkeit und die Gewalt sind zwei komplementäre kulturelle Charakteristika Brasiliens. Während erstere zum Teil das Fehlen von grundloser Gewalt zwischen einander Fremden erklärt, erscheint letztere tatsächlich als ein Erbe der Sklaverei. In unserer Gegenwart taucht die klassisch durch Gilberto Freyre²⁰ beschriebene Trennung zwischen der *casa-grande* (dem Herrenhaus) und der *senzala* (den Quartieren der Sklaven) wieder auf und reproduziert sich als eine Spaltung zwischen den schicken (weißen und reichen) Vierteln und den (armen und schwarzen) Favelas. Die in den Medien zur Schau gestellte Gewalt ist nur das Zusammentreffen dieser beiden Welten, die alles trennt.

In den Vorstädten ist die Gewalt endemisch. Die jährliche Veröffentlichung des *Gewaltatlas* lässt keinen Zweifel: Mit 60.000 gewaltsam Gestorbenen pro Jahr ist Brasilien eines der gewalttätigsten Länder der Welt (gewalttätiger als Syrien). Seit Ende der 1980er Jahre haben Drogenbanden die Kontrolle über die Favelas übernommen, die den Marihuana-, Kokain- und Ecstasy-Konsum der Kinder der Bourgeoisie sicherstellen. Rivalisierende Gruppen sind in ein Wettrüsten eingetreten und führen gelegentlich Krieg. Brasilien ist zu einem Knotenpunkt des internationalen Schmuggels geworden. Seit den 1990er Jahren tauchen paramilitärische Milizen in den Favelas auf. Sie formieren sich aus Polizisten, Angehörigen des Militärs und Feuerwehrleuten und betreiben Erpressung, verkaufen illegale Dienstleistungen (Transport, Gas, Kabelfernsehen usw.) und bieten ihre Schutzdienste gegen die Drogenbanden an.²¹

In Rio de Janeiro ist die Furcht mit Händen zu greifen. Aus Mangel an finanziellen Mitteln sind das Programm zur Befriedung der Favelas und das Abkommen zur Beschleunigung des Wachstums der Regierung Dilma Rousseff kläglich gescheitert. Der Staat hat keine Kontrolle über die Territorien und kein Gewaltmonopol. Die ökonomische Krise hat die illegalen Aktivitäten jeglicher Art verstärkt. Überfälle auf Bars und Restaurants, Angriffe mit Waffengewalt und Diebstähle von transportierten Gütern sind explosionsartig angestiegen. Die Korruption der »Großen« hat zweifellos die »Kleinen« zum großen und kleinen Banditentum ermutigt. Es hat sich ein Gefühl von allgemeiner Unsicherheit eingestellt. In diesem Kontext verschärfter Gewaltanwendung hat Präsident Temer die

20 Freyre 1998 [1933].

21 Vgl. Misse 2018.

in der Verfassung vorgesehenen Maßnahmen zur Sicherung von Recht und Ordnung in Kraft gesetzt und die Armee in die Straßen und die Elendsviertel von Rio de Janeiro geschickt.

Wenn Temer den Weg zu einer Militarisierung der öffentlichen Ordnung bereitet hat, so hat Bolsonaro diese konsequent vorangetrieben. Der Hauptmann der Reserve, der wegen eines geplanten Bombenattentats aus der Armee geflogen war, hatte während der Sitzung zur Absetzung der Präsidentin Dilma Rousseff auf sich aufmerksam gemacht, indem er die Verdienste des Obersts Brillhante Ustra würdigte, ein sadistischer Folterer und einziger Angehöriger des Militärs, der für Verbrechen gegen die Menschlichkeit während der Diktatur verurteilt worden war. Nach seiner Wahl umgab sich Bolsonaro mit Militärs. In seiner Regierung gibt es davon beinahe so viele wie Zivilisten. Mehr als 2.500 Militärs nehmen nunmehr die höchsten Funktionen in der Verwaltung ein. Polizisten und Militärs, die sich Übergriffe im Dienst leisten, sichert er Straffreiheit zu. Immer noch im Register der Gewalt fordert er jeden dazu auf, sich mit Waffen auszurüsten, und zeigt eine mehr als zweifelhafte Nachsicht gegenüber den paramilitärischen Milizen, zu denen auch die Mörder von Marielle Franco gehören, einer Politikerin, Soziologin, Schwarzen und Lesbierin, die zur Ikone des Widerstands geworden war.

e) *Ökologische Krise*

Am Montag, dem 19. August 2019, verdunkelte sich gegen 16 Uhr der Himmel über São Paulo. Rauchwolken, die aus Paraguay, aus Bolivien und aus Amazonien kamen, legten sich über die größte Metropole Lateinamerikas und tauchten sie in Dunkelheit. Davi Kopenawa, der spirituelle Führer der Yanomami-Indianer, erklärte, dass uns der Himmel auf die Köpfe gefallen sei. Die Brände des Amazonaswalds gehen auf kriminelle Aktivitäten zurück. Sie sind durch Viehzüchter, Holzschmuggler und Schürfer von Edelmetallen gelegt worden, die sich durch die desaströse Umweltpolitik der Regierung Bolsonaro dazu »ermutigt« fühlten. Als Klimaskeptiker und unbeugsamer Anti-Ökologe drohte er, das Pariser Abkommen gegen die Klimaerwärmung nicht zu unterzeichnen. Nachdem er von seiner anfänglichen Idee, das Umweltministerium schlichtweg abzuschaffen, Abstand genommen hatte, übertrug er dessen Leitung dem jungen liberalen Politiker Ricardo Salles, der mit führenden Kräften aus der Landwirtschaft in Verbindung stand. Seine zerstörerische Mission bestand zum einen darin, das Umweltregulierungsprogramm seiner Vorgänger zu demontieren, die darauf wiederum mit einer gemeinsamen Verlautbarung reagierten, in der sie die »systematische, beständige und absichtliche Destruktion der Umweltpolitiken« anprangerten; zum anderen trat er an, um das Umweltministerium den Diktaten des Landwirtschaftsministeriums zu unterwerfen und die »Bußgeldindustrie«²² zu stoppen, die den Aktionsradius des agro-alimentären Sektors, der Industrie und des Bergbaus begrenzt. Als

22 »Bußgeldindustrie« ist eine unter anderem von Bolsonaro verwendete abwertende Bezeichnung für das Wirken der brasilianischen Bundesumweltbehörde (Ibama) und die von ihr gegen Unternehmen wegen Umweltverstößen verhängten Strafen (Anmerkung des Übersetzers).

Antwort auf das internationale Gegenfeuer behauptet Bolsonaro, die Brände seien von Nichtregierungsorganisationen gelegt worden, bestreitet er die Statistiken, beleidigt er Präsident Macron und macht sich über dessen Gattin Brigitte lustig. Das ist die erste große Krise seiner Regierung. Seine Popularität sinkt, doch getreu seinen Gewohnheiten wird er immer radikaler und attackiert die Linke, die Presse und die internationale Gemeinschaft.

Die Antrittsrede von Jair Messias Bolsonaro vor der Generalversammlung der UNO hat keinen Brasilianer überrascht. Ohne Überraschung, ohne Feinheit und ohne jede Diplomatie führt er das Postfaktische in die UNO ein, indem er auf schamlose Weise die Evidenzen der Satellitenbilder von den Bränden leugnet, die weltweit anerkannten Führer indigener Völker entehrt und den postkolonialen Diskurs der von ihm verachteten kulturellen Minderheiten vereinnahmt, um umso nachdrücklicher das vom Militärregime geerbte souveränistische Dogma vertreten zu können: »integrieren, um sich nicht zu ergeben« (»integrar para não entregar«) – Amazonien ins Territorium zu integrieren und es unter Ausbeutung seiner Ressourcen zu entwickeln, um es nicht der internationalen Gemeinschaft zu unterstellen. Der Gesetzentwurf, der den Bergbau, die Suche nach Öl- und Gasvorkommen und den Bau von Staudämmen und Wasserkraftwerken auf indigenen Territorien ohne die Möglichkeit eines Vetos durch die Ureinwohner gestattet – vorgesehen ist lediglich eine finanzielle Entschädigung –, eröffnet den Weg zur Zerstörung des ökologischen Erbes der Menschheit und zum Genozid an den indigenen Völkern.

f) *Gesundheitskrise*

Als Nostalgiker der Diktatur betreibt Bolsonaro Geschichtsklitterung. Indem er das Feuer in Amazonien schürt, leugnet er den Klimawandel. Indem er Covid-19 als eine »kleine Grippe« abtut, leugnet er die Wissenschaft. Seit dem Aufkommen der Pandemie in Brasilien spielt er deren Gefahren herunter, beschimpft die großen Medien und beschuldigt sie, eine »wahrhafte Hysterie« anzuzetteln. Ohne eine Maske zu tragen und Schutzmaßnahmen einzuhalten, spaziert er durch die Straßen, ist selbst verantwortlich für Menschenansammlungen, nimmt immer häufiger ein Bad in der Menge und wendet sich dabei an die Demonstranten der extremen Rechten, die ihn unterstützen und eine Intervention des Militärs fordern.

Am 24. März hält Bolsonaro eine schicksalsschwere Rede, die ganz und gar verantwortungslose kriminelle »Todesrede«. Er stellt sich darin gegen alle offiziellen Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) sowie seines eigenen Gesundheitsministers und ruft dazu auf, den Lockdown unverzüglich aufzuheben. Er behauptet, dass die ökonomische Krise viel todbringender sei als die Gesundheitskrise, dass man das Land nicht herunterfahren könne und dürfe, dass Covid-19 nicht gefährlicher sei als eine »kleine Grippe«, die allein ältere Personen betreffe, dass für Personen wie ihn mit seiner »Geschichte als Athlet« nicht das

geringste Risiko bestehe, und beteuert, dass Gott und Chloroquin²³ das Land retten werden. Er fordert die unverzügliche Wiederöffnung der Schulen sowie der Geschäfte und kündigt die Aufhebung des »massenhaften Lockdown« an.

Die Antwort der hohen Amtsträger der Republik, der Gouverneure der Bundesstaaten, der Bürgermeister und der Zivilgesellschaft lässt nicht auf sich warten: Der Lockdown müsse aufrechterhalten und den Vorgaben der WHO müsse Folge geleistet werden. Man müsse selbstverständlich eine intelligente Politik entwickeln, die sowohl am Virus als auch an der Ökonomie ansetze; Bolsonaros Vorschlag jedoch, unverzüglich den Lockdown für alle – mit Ausnahme der Risikogruppen (»vertikaler Lockdown«) – aufzuheben und die Ökonomie um jeden Preis wieder hochzufahren, sei nicht vernünftig. Der föderative Pakt beginnt zu zerfallen. Wer auch immer sich der Aufhebung des Lockdowns widersetzt, etwa die Gouverneure der Staaten von São Paulo und Rio de Janeiro, wird von der Regierung als Feind angesehen.

Trotz aller Versuche, die Statistiken zu schönen, und trotz einer systematischen Unterschätzung der Opfer und Todeszahlen um 90 Prozent wird Brasilien zum Epizentrum der weltweiten Ansteckung. Die Hospitäler von Manaus, Belem, Fortaleza, Recife, Rio de Janeiro und São Paulo sind überlastet. In Manaus enden 80 Prozent der Patienten, die ins Hospital kommen, in den Gemeinschaftsgräbern des Friedhofs. 40 Prozent der infizierten Personen sterben mangels Notversorgung zu Hause. Die Zahlen sind erschreckend, so als wären sie das Resultat eines makabren Wettbewerbs mit den Vereinigten Staaten.

Mitten in der Pandemie entlässt der Präsident seinen Gesundheitsminister, der die Vorgaben der WHO halbwegs zu befolgen versuchte. Er wird durch einen Verwalter aus dem Privatsektor ersetzt, der unter die Aufsicht eines Militärs gestellt wird. Drei Wochen später tritt auch er zurück, da seine Hörigkeit gegenüber dem Präsidenten nicht so weit reicht, das Chloroquin gutzuheißen, auf das sich Bolsonaros Horizont in Gesundheitsfragen beschränkt. Er wird durch einen Militär ersetzt.

Der Präsident sabotiert den Lockdown aktiv. Er will die Menschen an die Arbeit zurückbringen und das Land vorzeitig aus dem Lockdown befreien, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Er legt eine Kampagne auf, die das Ziel verfolgt, die Bevölkerung von den Schrecken der Isolierung zu »befreien«. Ihr Slogan »Arbeit, Einheit und Wahrheit machen uns frei« klingt wie eine unwahrscheinliche Mixtur aus Ausschwitz und dem Johannesevangelium (Johannes 8, 32). Der Tod der anderen ruft bei ihm, dessen sinnbildlichste Geste der auf sein vermeintliches Opfer gerichtete Revolver ist, nur ein verächtliches Grinsen hervor. »Ja und? Tut mir leid. Was soll ich denn Ihrer Meinung nach tun?« So wie Nero mit Blick auf Rom schaut er zu, wie die Epidemie alles in Brand setzt.

23 Bei Chloroquin handelt es sich um ein schon länger bekanntes Mittel gegen Malaria, von dem man sich zunächst auch gegen Covid-19 eine therapeutische Wirkung versprach, doch aufgrund diverser festgestellter Nebenwirkungen brach die WHO jede weitere Testung auf diese Indikation ab. Nicht zuletzt durch Bolsonaro und Trump hat der Streit um die Effizienz von Chloroquin eine starke ideologische Aufladung erhalten (Anmerkung des Übersetzters).

g) *Militärische Krise*

Die Pandemie führt, verstärkt durch eine ökonomische, politische und Verfassungskrise, zu einer verschärften Rationalitätskrise, die das System unregierbar macht. Der Zerfall des Systems berührt nicht nur, wie Habermas das vorausgesehen hatte, die Lebenswelt, sondern verwandelt sie in eine Todeswelt.

Mit der Radikalisierung seiner Positionen schließt sich Bolsonaro in eine Politik des Anti-Lockdown ein, den er offensichtlich dazu nutzen will, einen Verfassungsbruch zu provozieren. Das Corona-Virus, das ist doch die Gelegenheit! Am 19. April stachelt er vor dem Hauptquartier des Militärs in Brasilia eine Menge putschistischer Anhänger an, die die Schließung des Nationalkongresses und des Obersten Bundesgerichts fordern, welche die Macht der Exekutive begrenzen. Am selben Abend verbreitet er über die sozialen Netzwerke ein Video, auf dem man ihn lässig auf einer Couch im Präsidentenpalast an einer Diskussion über einen angeblich vom Präsidenten der Abgeordnetenkammer ausgeheckten Staatsstreich teilnehmen sieht. Damit erhält er das Motiv für seinen präventiven Gegenstaatsstreich, der als die einzige Möglichkeit erscheint, sich gegen das den Lockdown befürwortende Establishment zu wehren.

In der Zwischenzeit verliert Bolsonaro seine moralische Rückendeckung: Der berühmte Sérgio Moro, der Justizminister, tritt zurück. Der frühere Richter, der den Präsidenten Lula zu einer Gefängnisstrafe verurteilt und so den Weg zur Wahl von Bolsonaro freigemacht hatte, verweigert die Einflussnahme auf die (dem amerikanischen FBI entsprechende) Bundespolizei von Rio de Janeiro. Dazu will ihn der Präsident zwingen, um seine Söhne zu schützen, die in kriminelle Machenschaften in Verbindung mit der Unterwelt der paramilitärischen Milizen und der Agitprop-Brigaden im Internet verwickelt sind. Um die entsprechenden Beschuldigungen zu beweisen, verlangt Moro die Freigabe der Aufzeichnung von einer Kabinettsitzung von Ende April und erhält sie auch. Das Video gibt einen Einblick in den inneren Zustand der Regierung. Schockierend wirkt nicht nur der Mangel an Anstand und der Gebrauch einer rohen Sprache voller Kraftausdrücke, sondern vor allem die Tatsache, dass sich Bolsonaro und die ideologischen Hardliner unter seinen Ministern wie eine Bande von Straftätern verhalten, denen es eher darum geht, einen Kulturkampf zu schüren, als gegen die Pandemie zu kämpfen.

Bolsonaro eröffnet die Sitzung in einer Weise, die keinen Widerspruch duldet: Das Land lebe bereits unter der »Diktatur« des Lockdown, und so ruft er zum zivilen Ungehorsam auf: »Ich will, dass jedermann bewaffnet ist! Ein bewaffnetes Volk wird niemals der Sklaverei anheimfallen.« Die Minister für Erziehung und Menschenrechte überbieten ihn noch. Der eine schlägt vor, man solle die Richter des Obersten Gerichts ins Gefängnis stecken. Die andere hält das eher bei den Gouverneuren des Staates und den Bürgermeistern für angebracht, die die Bewegungsfreiheit einschränken. Der Umweltminister will die starke Fokussierung der Medien auf die Gesundheitskrise dazu nutzen, um unbeobachtet eine Reihe von Maßnahmen unterhalb der Gesetzgebungsebene durchzubringen, die eine flexiblere Anwendung der Umweltgesetze ermöglichen.

Nach 500 Tagen Regierung von Bolsonaro ist schließlich die Maske gefallen und hat den Blick auf das Projekt eines kohärenten, konsequenten und vollkommen lesbaren Chaos freigegeben. Wie bei Hamlet ist es zwar Wahnsinn, aber hat es Methode. Festzuhalten ist allerdings, dass der Präsident selbst keineswegs wahnsinnig ist, auch wenn seine Minister, seine Söhne und seine Anhänger mitunter den Anschein erwecken, als seien sie nicht ganz bei Verstand. Die Pandemie hat letzten Endes bloß eine systematische Nekropolitik offenbart und verstärkt. Bolsonaro weiß, dass er eines Tages wegen »Ökozid« (Amazonien in Flammen), »Populizid« (Covid-19) und »Ethnozid«, ja sogar Genozid, angeklagt und verurteilt werden wird, denn wenn er sein Kolonisierungsprojekt für Amazonien und die Vernichtung der indigenen Völker durchbringt, wird das – sofern sie Covid-19 überleben – unausweichlich sein. Vielleicht erlaubt er sich genau deshalb, weil er sich verloren weiß, all diese Maßlosigkeiten, die den Weg ins Chaos ebnen.

Denn das Chaos ist von nun an der sicherste Weg hin zu einer Diktatur, die es ihm erlauben würde, die Ordnung wiederherzustellen, die er selbst zerstört hat. Die Verteidigungsminister aller ehemaligen Regierungen haben einen Appell an die bewaffneten Kräfte gerichtet, in ihren Kasernen zu bleiben. Die Tatsache, dass die Militärs sich immer noch nicht eindeutig positioniert haben, ist zumindest beunruhigend, und dies umso mehr, als selbst einige Generäle innerhalb seiner Regierung mit Artikel 142 der Verfassung drohen, der eine Intervention der Armee im Falle eines Zusammenbruchs der öffentlichen Sicherheit autorisiert. Man könnte gar die These wagen, dass die Militärs bereits an der Macht sind und das Land regieren. Auch wenn sie es nicht schaffen, den Präsidenten zu kontrollieren, kontrollieren sie doch das Land.

Mit dem Zulauf zu den Extremen scheint mir Brasilien nunmehr nicht mehr als drei Optionen zu haben: Absetzung des Präsidenten, Staatsstreich oder Bürgerkrieg. Im Fall der Absetzung würde sein Vizeminister, der General Hamilton Mourão, ein weiterer Anhänger des »Selbstputsches« nach dem Vorbild Fujimoris (Peru 1992), die Präsidentschaft übernehmen. Man könnte sich dann auf eine ganz und gar rechte und eindeutig autoritäre Interimsregierung gefasst machen, die aber genauso mit der durch die Akkumulation der Krisen verschlimmerten Pandemie konfrontiert wäre. Da es wenig wahrscheinlich ist, dass Bolsonaro die Regeln des Rechtsstaates akzeptiert, wäre das Impeachment (ebenso wie die rückwirkende Annullierung der Wahlen) ein gewagtes Vorgehen. Es wäre zu befürchten, dass die bewaffneten Brigaden, die kriminellen paramilitärischen Verbände und die Anhänger von extrem rechts, die ihn hartnäckig unterstützen, zur Gewalt greifen. Der Staatsstreich, das heißt die Schließung von Oberstem Bundesgericht und Kongress, würde die Rückkehr zur Diktatur bedeuten. Da Bolsonaro mehr und mehr die Unterstützung der Bevölkerung verliert und fortan nur noch ihren radikalisiertesten Rand repräsentiert, dürfte die Repression blutig und brutal sein. Da die Waffen bereits in Umlauf sind, bewegen wir uns möglicherweise auf einen Bürgerkrieg zu. Was auch geschieht: Da man bereits weiß, dass die ökonomischen Auswirkungen der Pandemie desaströs sein werden, verfügt Brasilien über keine guten Karten mehr. Das System bricht zusammen. Ein weiteres verlorenes Jahrzehnt stellt den wahrscheinlichsten Horizont dar.

3. Schluss: Eine politische Lehre vom Zusammenbruch

Die von mir vorgelegte Analyse der aktuellen Lage in Brasilien bezieht ihre Inspiration aus der Systemtheorie und der Kritischen Theorie. Einerseits betrachte ich die gegenwärtige Situation als eine Reihe von Systemversagen: In dem Maße, wie sich die Krisen nacheinander auftürmen, brechen die Subsysteme zusammen. Die ökonomische Krise hat zur Folge, dass die Arbeiter ihre erworbenen Rechte verlieren. Sie führt zu einer Deregulierung des Arbeitsmarktes und einer massiven Rückkehr der Armut. Die politische Krise verwandelt sich in eine Krise der Regierbarkeit und endet mit einem parlamentarischen Staatsstreich, der den Weg zu einem Populismus von extrem rechts eröffnet. Die institutionelle Krise verschärft sich, wenn die Verfassung ihre Kraft einbüßt, die Gewaltenteilung offen bestritten und das Recht zu einer Quelle von Instabilität wird. Die Sicherheitskrise führt zu einer (Para-)Militarisierung der Kontrolle über die Favelas und zu einer Politisierung der bewaffneten Kräfte. Die ökologische Krise zerstört den Amazonasurwald und beschleunigt über das davon betroffene planetarische Ökosystem die Durchsetzung des Anthropozäns. Die Gesundheitskrise führt zu einer maßlosen Politisierung der viralen Pandemie, und der Corona-Skeptizismus treibt die Regierung dazu, einen »Völkermord« zu begehen. Die militärische Krise tritt ein, sobald die bewaffneten Kräfte nicht mehr die Verfassung verteidigen, sondern selbst zu einer antidemokratischen Kraft werden. Die Krise wird existentiell, wenn die Bürgerinnen und Bürger die Katastrophe kommen sehen und sie in Echtzeit miterleben, aber, unfähig, sie aufzuhalten oder auf die Zukunft zu hoffen, in Depression und Angst versinken.

Andererseits wollte ich gleichermaßen die systemische Analyse im kritischen Register einer Zeitdiagnose entfalten. Ich habe mich in freier Verwendung auf die Theorie der Legitimationskrise von Habermas gestützt, um zu beschreiben, wie die ökonomische Krise sich fortschreitend vom System in die Lebenswelt verschoben hat. Die Gewalt, die Brasilien seit jeher prägt, hat mich gleichwohl veranlasst, die Kritische Theorie aus einer postkolonialen Perspektive zu modifizieren: In Brasilien hat sich die Lebenswelt biopolitisch in eine Todeswelt verwandelt. Da die Situation kritisch ist und das brasilianische Szenario einen Extremfall darstellt, der in all seiner Grausamkeit offenbart, was andernorts passieren kann, wenn die elementarsten Regeln des Rechtsstaates ihre Gültigkeit verlieren, glaube ich nicht, dass es an dieser Stelle noch eines Einstiegs in eine argumentativ ausholende Verteidigung der Zivilisation gegen die Barbarei bedarf. Systemische Analyse und Diagnose sind nicht zu trennen. Die Beschreibung der Implosion der Systeme und die Analyse der Hyperkrise, die die Gesellschaft in den Abgrund stürzt, beinhalten bereits ein Urteil. Wie die Journalisten sagen, »sprechen die Tatsachen für sich«. Die Verschärfung und Verdichtung sämtlicher Krisen in einer humanitären Krise kann niemanden gleichgültig lassen – selbst einen Luhmann nicht, der Brasilien gut kannte und sehr liebte.²⁴

(Übersetzt aus dem Französischen von Hans-Dieter Gondek)

24 Vgl. Luhmann 1997, Band II, S. 630–634 und 806–812.

Literatur

- Abranches, Sérgio et al. 2019. *Democracia em risco. 22 ensaios sobre o Brasil hoje*. São Paulo: Companhia das Letras.
- Avritzer, Leonardo 2016. *Impasses da democracia no Brasil*. São Paulo: Civilização brasileira.
- Avritzer, Leonardo 2019. *O pêndulo da democracia*. São Paulo: Todavia.
- Avritzer, Leonardo; Bignotto, Newton; Guimarães, Juarez; Starling, Heloisa Murgel. Hrsg. 2008. *Corrupção. Ensaio e críticas*. Belo Horizonte: UFMG.
- Botelho, André; Starling, Heloisa Murgel. Hrsg. 2017. *República e democracia. Impasses do Brasil contemporâneo*. Belo Horizonte: UFMG.
- Brown, Wendy 2006. »American Nightmare: Neoliberalism, Neoconservatism, and De-Democratization«, in *Political Theory* 34, 6, S. 690–714.
- Brunkhorst, Hauke 2012. *Legitimationskrisen. Verfassungsprobleme der Weltgesellschaft*. Baden-Baden: Nomos.
- Dobry, Michel 1992. *Sociologie des crises politiques. La dynamique des mobilisations multi-sectorielles*. Paris: Sciences Po.
- dos Santos, Wanderley Guilherme 2017. *A democracia impedida. O Brasil no século XXI*. Rio de Janeiro: FGV.
- Fraser, Nancy 2015. »Legitimation Crisis? On the Political Contradictions of Financialized Capitalism«, in *Critical Historical Studies* 2, 2, S. 157–189.
- Freyre, Gilberto 1998 [1933]. *Casa-Grande & Senzala*. Rio de Janeiro: Editora Record.
- Grün, Roberto 2018. *Da pizza ao impeachment. Uma sociologia dos escândalos no Brasil contemporâneo*. São Paulo: Alameda.
- Habermas, Jürgen 1973. *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Jinkings, Ivana; Doria, Kim; Cleto, Murilo 2016. *Por que gritamos golpe? Para entender o impeachment e a crise política no Brasil*. São Paulo: Boitempo.
- Klem, Bruna; Pereira, Mateus; Araujo, Valdei. Hrsg. 2020. *Do fake ao fato. (Des)atualizando Bolsonaro*. Vitória: Milfontes.
- Land, Nick 2012. »The Dark Enlightenment«. www.thedarkenlightenment.com/the-dark-enlightenment-by-nick-land/ (Zugriff vom 18.09.2020).
- Latour, Bruno 1987. *Science in Action: How to Follow Scientists and Engineers through Society*. Cambridge: Harvard University Press.
- Levitsky, Steven; Ziblatt, Daniel 2018. *Wie Demokratien sterben*. München: Deutsche Verlagsanstalt.
- Luhmann, Niklas 1997. *Die Gesellschaft der Gesellschaft*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Maricato, Ermínia et al. 2013. *Cidades rebeldes. Passe livre e as manifestações que tomaram as ruas do Brasil*. São Paulo: Boitempo.
- Misse, Michel 2018. »Violence, Criminal Subjection and Political Merchandise in Brazil: An Overview from Rio«, in *International Journal of Criminology and Sociology* 7, S. 135–148.
- Safatle, Vladimir 2017. *Só mais um esforço*. São Paulo: Três estrelas.
- Singer, André 2012. *Os sentidos do Lulismo. Reforma gradual e pacto conservador*. São Paulo: Companhia das Letras.
- Singer, André 2018. *O Lulismo em crise. Um quebra-cabeça do período Dilma (2011–2016)*. São Paulo: Companhia das Letras.
- Souza, Jessé 2016. *A radiografia do golpe*. Rio de Janeiro: Leya.
- Souza, Jessé 2017. *A elite do atraso. Da escravidão à Lava Jato*. Rio de Janeiro: Leya.
- Streeck, Wolfgang 2013. *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Vidal, Dominique 2016. *Le Brésil. Terre des possibles*. Rennes: PUR.

Zusammenfassung: In diesem Beitrag wird eine systemische Analyse des Zusammenbruchs Brasiliens unter Bolsonaro präsentiert, indem Habermas' Analyse der Legitimationskrise auf die Post-Kolonie übertragen wird. Es wird die zeitliche Entwicklung multipler Krisen (ökonomisch, politisch, institutionell, militärisch, ökologisch, sicherheits- und gesundheitsbezogen) dargestellt und gezeigt, wie sich die Lebenswelt sukzessive in eine Welt voller Gewalt und Tod verwandelt hat.

Stichworte: Jair Messias Bolsonaro, Brasilien, Legitimationskrise, Pandemie, systemischer Zusammenbruch

Democrature in Brazil. A Model of System Collapse

Summary: The paper presents a systematic analysis of the collapse of Brazil under Bolsonaro by transferring Habermas' analysis of the legitimation crisis to the post-colony. The temporal deployment of multiple crises (economic, political, institutional, military, security, ecological and sanitary crises) is traced, and it is shown how the life-world has been systematically transformed into a world of violence and death.

Keywords: Jair Messias Bolsonaro, Brazil, legitimation crisis, pandemics, systemic collapse

Autor

Frédéric Vandenberghe
Institut für Philosophie und Sozialwissenschaften
Bundesstaatliche Universität von Rio de Janeiro (IFCS-UFRJ)
Largo São Francisco de Paula, 1 – Centro
Rio de Janeiro – RJ, 20051-070
Brasilien
fredericvdbrio@gmail.com